

# Für Frieden nach Fluglärmstreit

Mediation | Abgeordnete unterstützen Forderung der Landräte

**Schwarzwald-Baar-Kreis.** Die südbadischen Bundestagsabgeordneten Andreas Jung, Thorsten Frei und Felix Schreiner unterstützen die Initiative der Landräte für eine Mediation zur Beilegung des Fluglärmstreits mit der Schweiz. Das Ziel bleibe eine einvernehmliche Regelung und damit ein neuer Staatsvertrag.

## Alles muss auf den Tisch

Die Landräte Martin Kistler (Waldshut), Sven Hinterseh (Schwarzwald-Baar) und Frank Hämmerle (Konstanz) hatten ein solches Verfahren in einer Pressemitteilung vorgeschlagen. Der Prozess solle dabei nach ihren Vorstellungen von zwei unabhängigen Persönlichkeiten aus der Schweiz und Deutschland moderiert werden. Auch diesen Vorschlag unterstützen die Abgeordneten. »Das könnte ein Weg sein, um über vollständige Transparenz das für eine Lösung notwendige Vertrauen zu schaffen«, erklären sie in einer gemeinsamen Mitteilung. Die Abgeordneten formulieren dabei auch ihre Erwartungen an ein mögliches Mediationsverfahren: »Klar ist: Alles muss auf den Tisch und es darf weder Vorbedingungen geben, noch einen Automatismus.« Damit erteilen sie Forderungen aus der Schweiz eine klare Absage, zunächst müsse Deutschland dem von der Schweiz beantragten Betriebsreglement 2014 zustimmen, erst dann könne geredet werden. »Wir bleiben bei unseren Nein zum Betriebsreglement 2014, da es



Weil der Fluglärm bis hin zum Streit der Länder eskalierte, soll nun eine Mediation wieder für Frieden sorgen. Foto: Roessler

mehr Flugverkehr über Südbaden bringen würde«, so die Abgeordneten.

Die von den Landkreisen dazu eingebrachten konkreten Alternativen ohne Mehrbelastung der deutschen Seite seien von den Schweizer Behörden ohne vertiefte Prüfung verworfen worden. Mit dem Ausschluss eines »Automatismus« verweisen sie gleichzeitig darauf, dass ein mögliches Mediationsergebnis »selbstverständlich der Zustimmung der demokratisch dazu legitimierten Organe« bedürfe. Zudem könne Ausgangspunkt der Mediation keinesfalls der gescheiterte Fluglärm-Staatsvertrag sein, es müsse ein neuer Prozess begonnen werden.

»Der Staatsvertrag hätte mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet und einseitige

Belastungen für Südbaden gebracht«, erklären die Abgeordneten. Deshalb müsse von Grund auf neu begonnen werden. Ziel müsse eine einvernehmliche Lösung sein, die dann in Form eines Staatsvertrags umgesetzt werden könne. »Nur so schaffen wir Klarheit und Rechtssicherheit.«

## Gute Beziehung würde nicht länger belastet

»Eine staatsvertragliche Lösung hätte auch zur Folge, dass die guten und engen deutsch-schweizerischen Beziehungen nicht weiterhin auf Jahre durch die Fluglärmfrage belastet bleiben«, so die Abgeordneten.

Thorsten Frei, der in der laufenden Legislaturperiode die Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe des Bundestages führt, kündigte an, sich auch bei den Schweizer Parlamentskollegen in Bern für ein Mediationsverfahren einzusetzen. In Berlin haben die CDU-Abgeordneten den Vorschlag bereits in ihre Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium aufgenommen. »Im Gespräch mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer haben wir unsere Unterstützung für diese Vorgehensweise signalisiert«, so die Abgeordneten. Andreas Jung, Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag, Thorsten Frei, Vorsitzender der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, Felix Schreiner, Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages.